

Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

19. September 2007 **Nr. 1** (243) 1. (18.) Jahrgang



Am vergangenen Sonnabend in Berlin:

Ein breites Aktionsbündnis hatte unter dem Motto „Frieden für Afghanistan. Bundeswehr raus.“ zur Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze im Bundestag aufgerufen und Tausende waren dem Aufruf gefolgt. Auch aus den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida waren Bürger dabei. In Sonderbussen fuhren sie nach Berlin und demonstrierten mit. Lesen Sie dazu auch auf den Seiten 11 und 12.

Die Titelthemen unserer ersten Ausgabe

Auf dem Wege zum neuen Regionalverbund „Döbeln, Freiberg, Mittweida“ der LINKEN.

Die kommunale Verankerung der LINKEN. in den Kreisen. Heute: Döbeln

Der Rechtsextremismus und wie er bekämpft werden muss: Beispiele aus Mittweida und Freiberg

2 editorial, glossiertes & kommentiertes

3 kommentiertes & lesermeinung

4 / 5 der regionalverbund Döbeln, Freiberg und Mittweida der LINKEN. ist auf seinem weg

6 / 7 die kommunale verankerung der LINKEN. in den drei kreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida

8 / 9 der rechtsextremismus und seine häßliche frätze

10/11 mosaik & jubiläen

12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiberg, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 42. Kalenderwoche 2007
Redaktionsschluss ist Freitag, 12. Oktober 2007

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE; Kreisvorstände Döbeln, Freiberg und Mittweida
Postanschrift: 09599 Freiberg, Bebelplatz 3
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Fax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Lothar Pöttsch, Hans Weiske (verantwort.)

Satz, Fotos und Layout: A.Bi.Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden im Internet unter www.links Worte.de veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Da liegt sie nun vor uns, die erste Ausgabe der neuen „Döbelner, Freiberg, Mittweidaer LinksWorte“. Für den Kreis Freiberg setzt sie hiermit eine lange Tradition der „Freiberger LinksWorte“ fort, da würde bei dieser Ausgabe bereits die Nummer 243 und beim Jahrgang die Zahl 18 stehen. Für unsere neuen Leser in den Kreisen Döbeln und Mittweida sollen die „LinksWorte“ schon bald zu einer interessanten und informativen linken Zeitung werden, welche sie zu jeder Monatsmitte über die jetzigen Kreisvorstände der LINKEN erreicht.

Natürlich klingt der aktuelle Titel etwas gestelzt. Aber wir wollen in den nächsten Monaten bis zur Beschlussfassung zur Verwaltungs- und Kreisgebietsreform im Sächsischen Landtag nicht noch extra Öl ins Feuer gießen. Es ist bekannt, dass DIE LINKE dieser ganzen Entwicklung sehr reserviert gegenüber steht. Aber wir werden wahrscheinlich akzeptieren müssen, dass kein Weg daran vorbeiführt. Ab Sommer 2008 wird es im Freistaat Sachsen nur noch drei kreisfreie Städte und zehn neue Großkreise geben. Einer dieser neuen Kreise wird nach Lage der Dinge der Kreis Mittelsachsen mit der Kreisstadt Freiberg sein. Sollte es dazu kommen, wird unsere Zeitung zukünftig bestimmt „Mittelsächsische LinksWorte“ heißen. Aber dabei wollen und können wir dem neuen regionalen Vorstand als Herausgeber nicht vorgreifen, der im November sicherlich die entsprechenden Entscheidungen treffen wird.

In einer „Übergangszeit“ erscheinen die „LinksWorte“ deshalb unter dem heutigen Titel. Worüber werden wir in den folgenden drei Ausgaben berichten?

Im September werden in den Ortsverbänden aller drei Kreise die Delegierten zur regionalen Delegiertenkonferenz am 27. Oktober gewählt. Darauf werden wir in dieser Ausgabe ausführlich eingehen. Weiter wollen wir die drei Fraktionen in den Kreistagen und ihre seit den letzten Wahlen zum Kreistag geleistete Arbeit etwas genauer vorstellen. In der heutigen Ausgabe beginnen wir mit der Kommunalpolitik und der Arbeit der Fraktionen der LINKEN im Kreistag und im Stadtrat Döbeln.

Im Oktober stehen natürlich die Vorbereitung der Delegiertenkonferenz und deren inhaltliche Schwerpunkte im Mittelpunkt. Dazu werden wir die programmatischen Leitlinien veröffentlichen, welche am 27. Oktober in Mittweida beraten und beschlossen werden sollen.

Im November schließlich wollen wir die Delegiertenkonferenz für alle unsere Leser gründlich auswerten und die ersten Be-

schlüsse erläutern, die der neue Vorstand des Regionalverbundes „Döbeln, Freiberg, Mittweida“ im Anschluss an die Delegiertenkonferenz Anfang des Monats November fassen wird. Nur so viel, ohne hier vorgreifen zu können:

- Es sind Entscheidungen zur langfristigen Vorbereitung auf die Wahlen zum neuen Kreistag, für die Wahl von Bürgermeistern - beispielsweise in den drei Kreisstädten Döbeln und Freiberg - und den Landrat des neuen Großkreises vorraussichtlich am 08. Juni 2008 zu treffen.
- Außerdem stehen wichtige Entscheidungen beispielsweise zur Arbeitsweise des Vorstandes des neuen Regionalverbundes, zum Informationsfluss zwischen dem Vorstand und den Ortsverbänden und umgekehrt sowie zum Sitz der Geschäftsstelle des Regionalverbundes und späteren neuen Kreisverbandes an.
- Schließlich muss über die Finanzplanung für 2008 beraten und der neue Finanzplan auf den Weg gebracht werden.

Es wartet also einiges an Arbeit auf DIE LINKE in unseren dreiüberg Kreisen!

glossiert

Georg Milbradt meldet sich unter dem vielsagenden Motto „Das Sein Sachsens ist besser als sein Schein“ zu Wort. Dabei gibt er unumwunden zu, dass es für ihn leichter wäre, wenn die Dinge umgekehrt lägen. Seinen rettungslos überforderten hellroten Juniorpartner in der Regierung fordert er auf, sich nicht auf die Kritik an den schwarzen Fehlschüsse im Korruptionsskandal und bei der Sachsen LB zu konzentrieren, sondern die politischen Gegner ins Visier zu nehmen - und die sind für den Regierungschef nun einmal Linkspartei und NPD (übrigens genannt in dieser Reihenfolge). Dabei glaubt er auch noch, erkannt zu haben, dass beide - LINKE und NPD - in ihren Kampagnen den gleichen Jargon pflegten.

Jargon - auch Slang - ein übles Wort. Es bezeichnet „einen nicht standardisierten Wortschatz, der in einer beruflich, gesellschaftlich oder kulturell abgegrenzten Menschengruppe, einem bestimmten sozialen Milieu oder in der Szene verwendet wird“. Man wird Herrn Milbradt doch fragen dürfen, ob es sich bei der LINKEN. und ihren Wählern um eine beruflich, gesellschaftlich oder kulturell abgegrenzte Gruppe handelt. Noch interessanter aber ist die Frage nach dem „nicht standardisierten Wortschatz“, den die LINKEN. unverbes-

serlich mit sich herumschleppen. Vielleicht „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“, vielleicht „Nazis raus aus den Köpfen und aus dem Internet“, vielleicht aber auch „Hartz IV muss weg“ oder „Eine starke Bürgergesellschaft in starken Kommunen“. Der Jargon ist unüberhörbar!

Viel mehr Freude hat Georg M. an der Sprachgestaltung seines kleinen Bruders in der Regierung, der dabei ist, die letzten roten Farbtupfer in seinem Gewand zu tilgen. Noch aus Zeiten der Wende schleppt man im Programm den „demokratischen Sozialismus“ mit sich herum. Jetzt versucht man den Bogen hin zur „sozialen Demokratie“ zu kriegen, bewundernswert mit Leben erfüllt durch die Genossen Gerhard Sch. und Franz M.!

Wie gepflegt dagegen die Sprache der CDU selbst. Auch dazu einige Beispiele: „Chancengesellschaft Deutschland - Frei und sicher leben“ oder „Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit, in der sich Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit erfordern und ergänzen“, aber auch „Den demografischen Wandel gestalten - Soziale Sicherheit für alle Generationen“. Das geht runter wie Öl! Und ist gepflegte, inhaltsreiche Sprache! (hw)

standpunkte

von unserem Redaktionsmitglied
Lothar Pötzsch, Gehringwalde

Vor 62 Jahren begann die Geschichte des »Tages der Opfer des Faschismus«. Am 9. September vor 62 Jahren fand in der Werner-Seelenbinder-Kampfbahn in Berlin-Neukölln die erste Veranstaltung statt. Überlebende der Konzentrationslager und Zuchthäuser hatten ihn initiiert. Als im Sommer 1945 die Jahrestage der Ermordung Ernst Thälmanns, Rudolf Breitscheids und der Verschwörer des 20. Juli bevorstanden, wandten sie sich mit dem Anliegen an den Berliner Magistrat, einen Gedenktag für die Opfer des Faschismus (OdF) zu begründen. Der Magistrat nahm sich dessen an und rief zum ersten OdF-Tag am 9. September 1945 auf. Die Kundgebungen in Berlin und zahlreichen anderen Städten Deutschlands wurden eindrucksvolle Manifestationen. Hunderttausende folgten nun jährlich am zweiten Sonntag im September dem Aufruf der Antifaschisten.

Auch im Kreis Mittweida wurde an diesem zweiten Sonntag im September der Opfer gedacht. So trafen sich Menschen u.a. in Burgstädt oder Lunzenau, um auch darüber zu sprechen, wie und was sie dem sich ausbreitenden Neofaschismus

und Rechtsextremismus entgegen setzen können.

Die Furcht, den Rechtsextremismus als vorhandenes Problem innerhalb der Kommunen zuzugeben, stärkt den Nazis den Rücken, weil er die Auseinandersetzung mit dem Problem verhindert.

Negatives Beispiel war der Umgang mit der Demo in Mittweida. Statt die Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema, die durch das Verbot von „Sturm 34“ entstanden war, als Chance zu sehen und sich offensiv und auf breiter öffentlicher Basis damit zu beschäftigen, kam es zur Bagatellisierung durch die Vertreter der Stadt. Statt der Nazis wurden, bereits im Vorfeld, die Demonstranten kriminalisiert und Horrorvisionen bezüglich der Sicherheit in der Stadt heraufbeschworen. Bürger, Stadträte, Mitglieder des Bündnisses für Menschenwürde wurden demagogisiert und als Nestbeschmutzer beschimpft. Aber ein Imageschaden entsteht der Stadt nicht durch Menschen, die den Mut zum Handeln aufbringen, sondern durch eine Stadtverwaltung, die ohne Scham öffentlich bekannte Probleme mit rechts einfach unter den Tisch zu kehren versucht.

Ich fordere ein entschiedeneres Auftreten von Staat und Kommunen gegen den Rechtsextremismus, eine konsequente Anwendung der vorhandenen Gesetze, zum Beispiel gegen die Verharmlosung der Verbrechen der NS-Zeit und für die Erhöhung der Mittel für Projekte gegen rechte Gewalt.

Ich bin überzeugt: Der Kampf gegen die Nazis kann nicht mehr allein durch juristische oder polizeiliche Mittel gewonnen werden. Denkweisen kann man nur verändern, nicht verbieten. Und daran mitzuarbeiten sind wir alle aufgefordert. Egal ob Abgeordneter, ob Bürgermeister, Richter, Minister oder einfach nur Zivilcourage zeigender Bürger und besonders wir selbst.

Zum Nachdenken

Wer nur um Gewinn kämpft, erntet nichts, wofür es sich lohnt zu leben.

Antoine de Saint-Exupéry

Es ist besser, hohe Grundsätze zu haben, die man befolgt, als noch höhere, die man außer acht lässt.

Albert Schweitzer

Wenn jeder an sich denkt, dann denken alle an alle.

Bruno Jonas

Bilanz und Denkanstöße

von Brigitte Hübler, Freiberg

Nach dem Lesen der Linksworte Nr. 242 sehe ich den Zeitpunkt vor der neuen Kreisreform als angebracht, über die Arbeit des Kreisverbandes Freiberg eine kurze Bilanz zu ziehen.

Mit der Entlassung aller hauptamtlichen Mitarbeiter 1991 und der Enteignung der PDS durch den Einzug sämtlicher finanzieller Mittel durch die Treuhänder standen wir vor einer sehr komplizierten Lage. Hier hat sich die Haltung und die Bereitschaft vieler ehrenamtlicher Genossinnen und Genossen bewährt. Das durch unsere Gegner totgesagte Kind blieb am Leben. Viele Genossinnen und Genossen sicherten nicht nur den Fortbestand der Basisgruppen, sondern setzten auch die Arbeit in den Geschäftsstellen ehrenamtlich fort. So konnte die spätere Bildung des Kreisverbandes Freiberg unter Einbeziehung der Geschäftsstellen Flöha und Brand-Erbisdorf reibungslos erfolgen.

Durch meine jahrelange Arbeit im Kreisvorstand kann ich einschätzen, dass auf dem Gebiet der Finanzen eine gewissenhafte Arbeit geleistet wird. Über 17 Jahre gab es keinerlei Differenzen auf diesem Gebiet. Es wird sparsam und entsprechend der Finanzrichtlinie mit den Beiträgen und Spenden umgegangen.

Der Kreisverband Freiberg liegt im Beitragsaufkommen und in der Höhe der Spenden auf einem vorderen Platz im Landesverband Sachsen. Dank allen Genossinnen und Genossen, die durch Zahlung ihrer Beiträge entsprechend der Finanzrichtlinie dazu beitragen. Dank auch den Spendern unter den Genossinnen und Genossen und den Sympathisantinnen und Sympathisanten. Das hat uns über manche finanzielle Hürde in der politischen Arbeit und im Wahlkampf geholfen. Besonderen Dank der Familie Jörg Beger, deren großzügige Spenden über Jahre uns u.a. möglich machte, neue Technik anzuschaffen und Löcher im Wahlkampf zu stopfen.

Die differenzierte Betrachtung der Beitragseinnahmen zeigt aber auch erhebliche Reserven. Noch nicht alle Genossinnen und Genossen zahlen ihren Beitrag entsprechend der Richtlinie. Die Geschäftsstellenarbeit, die politischen Aktionen der Partei und die umfangreichen uns bevorstehenden Wahlkämpfe erfordern aber die entsprechenden finanziellen Mittel. Vor unserer Tür steht keiner mit einem schwarzen Koffer, der uns ein paar Tausender zuschiebt. Seit 17 Jahren führe ich die Buchhaltung in Freiberg. ich danke meinen Mitstreitern in Brand-Erbisdorf, der Roswitha Riedel und in Flöha Günter Hillmann und Lea Lehmann. So können wir unsere monatlichen Abschlüsse und inzwischen auch 17 Jahresabschlüsse gegenüber dem Landesvorstand termingerecht und fehlerlos abrechnen. In den vergangenen Jahren haben uns aber durch Tod und Wegzug viele ehrenamtliche Mitstreiter verlassen. Ihnen allen gilt unsere Anerkennung und unser Dank. Ich habe deshalb die Bitte vor allem an Jungrentner, ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in den Geschäftsstellen und in anderen Gremien zu erklären.

DIE LINKE in Döbeln, Freiberg und Mittweida auf dem Wege zu einem neuen Regionalverbund

Auf dem Gründungsparteitag der neuen LINKEN im Juni in Berlin wurde die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG vollzogen. Der Landesverband der LINKEN wurde im Juli in Chemnitz aus der Taufe gehoben.

Jetzt steht die gleiche Prozedur in den Kreisen an. Das gestaltet sich aber wesentlich komplizierter, da auf Kreisebene

- die WASG sehr schwach vertreten war bzw. überhaupt nicht existierte
- die Bildung der Kreisverbände der neuen LINKEN mit dem (wahrscheinlichen) Entstehen neuer territorialer Strukturen in Form von Großkreisen verbunden ist.

Für die bisherigen Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida bedeutet das konkret, dass sie im Juni 2008 - die entsprechende Beschlussfassung im Landtag voraussichtlich im Dezember vorausgesetzt - zu einem neuen Kreisverband verschmelzen werden.

Es gehört zu den positiven Zügen, dass sich die verantwortlichen Funktionäre der drei Kreise (die Kreisvorsitzenden, die Fraktionschefs in den Kreistagen und weitere Kreisvorstandsmitglieder) bereits Anfang des Jahres mit dem Landesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS trafen, um über den weiteren Weg zu beraten. Es wurde eine so genannte Koordinierungsgruppe gebildet, welche die Vorbereitung der Fusion in die Hände nahm.

Die „Freiberger LinksWorte“ haben seither regelmäßig über die mitunter sehr holprig dahergekommenen Koordinierungsberatungen berichtet. Ein von Anfang an unbefriedigender Zustand war es, dass die Kompetenzen der Koordinierungsgruppe nicht exakt festlagen. So konnte es passieren, dass scheinbar endgültig getroffene Entscheidungen - beispielsweise zum Procedere der Wahl des neuen Vorstandes des Regionalverbundes - in den Kreisvorständen immer wieder in Frage gestellt und deshalb permanent neu diskutiert werden mussten.

So dauerte es auch ziemlich lange, bis endlich wichtige inhaltliche Fragen auf den Tisch der Koordinierungsgruppe kamen. Dazu fand am 21. Juli in Döbeln eine Programmklausur statt. Auch die hatte zunächst erhebliche Anlaufschwierigkeiten zu überstehen, bis man doch noch einen gemeinsamen Nenner fand. Dieser lautet: der Delegiertenkonferenz zur Wahl des Vorstandes des neuen Regionalverbundes aus den Kreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida werden am 27. Oktober programmatische Leitlinien zur Beratung und Bestätigung vorgelegt, mit denen DIE LINKE in den Wahlkampf für den neuen Kreistag und die 2008 anstehenden Bürgermeister-

und Landratswahlen gehen wird. Den Entwurf dieser programmatischen Leitlinien werden die „LinksWorte“ in ihrer Oktoberausgabe dokumentieren.

Der aufmerksame Leser wird bemerkt haben, dass bisher noch nicht von einem neuen „Kreisverband Mittelsachsen“ und der „Kreisstadt Freiberg“ die Rede war. Das ist kein Zufall - die Koordinierungsgruppe und auf ihren mehrheitlichen Standpunkt hin die drei Kreisvorstände haben sich bisher zu folgendem verständigt:

Wir unterstützen die mit der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform angestrebte Entwicklung nicht. Da diese jedoch mit der schwarz-hellroten Mehrheit im Landtag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf den Weg gebracht werden wird, haben wir uns als LINKE dieser Entwicklung zu stellen.

Im Dezember wird der Landtag die Kreisgebietsreform auf den Weg bringen und Anfang Juni 2008 werden die neuen Kreistage gewählt. Um nicht von Anfang an Zustimmung zu signalisieren, bilden wir vorerst einen „Regionalverbund Döbeln, Freiberg, Mittweida“. Die Frage des eventuellen Kreissitzes wird vorerst ausgeblendet.

Um diesen Regionalverbund gründen zu können, bedarf es einer Delegiertenkonferenz, um dem Ganzen einen noch geschichtsträchtigeren Anstrich zu geben, kann - wer will - auch von einem Regionalparteitag sprechen. Dieser findet am 27. Oktober im „Schwanenschlösschen“ in Mittweida statt. Immerhin befindet sich die LINKE damit auf einer „Traditionslinie“ mit der CDU, die - ebenfalls in Mittweida - in diesen Tagen mit einem angeschlagenen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden den Weg aus dem Trauma „Sachsen-LB“ sucht.

Die Koordinierungsgruppe wird sich am 27. September in Freiberg zu ihrer vorerst letzten Beratung treffen und mit der Diskussion des Entwurfes der programmatischen Leitlinien und den organisatorischen Details der Delegiertenkonferenz ihre Arbeit beenden. Damit haben auch die drei Kreisvorstände nach den letzten Beratungen im Oktober ihre Kompetenzen an den neuen Regionalvorstand abzugeben. Lediglich die Verwaltung der Finanzen verbleibt bis Ende des Jahres noch in den drei Kreisen, für 2007 beschließt der neue Vorstand einen einheitlichen Finanzplan des Regionalverbundes und späteren Kreisverbandes. (red)

Was ist und was will der neue Regionalverbund?

Erstens: Seine zahlenmäßige Stärke

Laut der aktuellen Statistik sind in unseren drei Kreisverbänden organisiert:

- Döbeln: 222 Mitglieder
- Freiberg: 375 Mitglieder
- Mittweida: 355 Mitglieder

Das ergibt insgesamt rund **950 Mitglieder** im neuen Regionalverbund.

(zum Vergleich: Im gegenwärtigen „Sorgenkind“ der LINKEN, dem Stadtverband in Dresden, sind wie im Stadtverband Leipzig gegenwärtig rund 1.600 Mitglieder organisiert)

Zweitens: Seine organisatorische Struktur

Die Landessatzung der sächsischen LINKEN schreibt in den zukünftigen regionalen Verbänden (Kreisen) als Gliederungen Ortsverbände (örtliche Verbände) vor, die weiter in Basisgruppen gegliedert sein können. Die bisherigen Kreisverbände hören damit auf, als Gliederungen der LINKEN zu existieren.

Mit Redaktionsschluss dieser Ausgabe haben sich folgende Ortsverbände gebildet. Neben den Namen der Vorsitzenden ist die Mitgliedsstärke und die daraus resultierende Anzahl der Delegierten angegeben, die an der Konferenz am 27. Oktober in Mittweida teilnehmen können. Dabei ist es das Ziel, wo möglich, quotiert zu wählen.

Vergleiche dazu bitte die Tabelle 1 auf der folgenden Seite. *Bei der Anzahl der Delegierten sind kleine Abweichungen möglich.

Drittens: Die parlamentarische Verankerung der LINKEN im Rahmen des Regionalverbundes

Auf die parlamentarische Arbeit in den Fraktionen der LINKEN in den Kreistagen Döbeln, Freiberg und Mittweida wird im zweiten Titelthema auf den Seiten - 6 - und - 7 - dieser Ausgabe ausführlich eingegangen. Dort sind auch die Präsenz der LINKEN in den Kreistagen und in Stadt- und Gemeindevertretungen sowie die Wahlergebnisse zu den letzten Kreistagswahlen vom 13. Juni 2004 zu entnehmen. In den nächsten beiden Ausgaben der „LinksWorte“ werden wir die Fraktionen in Freiberg bzw. Mittweida vorstellen.

DIE LINKE in Döbeln, Freiberg und Mittweida auf dem Wege zu einem neuen Regionalverbund

Tabelle 1: Übersicht über die Ortsverbände der LINKEN. im Regionalverbund der Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida

Name des Ortsverbandes	Vorsitzende(r)	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Delegierten*
Brand-Erbisdorf	(Wahl am 19.09.07)	109	11
Burgstädt	Jürgen Fischer	47	5
Döbeln	Kerstin Saupe	88	9
Erlau	Hans Blum	19	2
Flöha	Hans-Jürgen Kühn	118	12
Frankenberg	Rosi Freudenberg	29	3
Freiberg	Johannes Gyarmati	148	14
Gehringwalde	Lothar Pötzsch	28	3
Hainichen	Dieter Büttner	36	4
Hartha	Peter Emmrich	19	2
Hartmannsdorf	Willy Schönfeld	6	1
Leisnig	Dieter Kunath	33	4
Lichtenau	Jens Scheunert	17	2
Mittweida	Torsten Bachmann	63	6
Penig	Ringo Gründel	26	3
Rochlitz	Walter Exner	58	6
Rossau	Kurt Reuther	5	1
Roßwein	Peter Krause	21	2
Taucha	Manfred Richter	7	1
Waldheim	Gerhard Gugisch	61	5

Mitgliederversammlung im Ortsverband Freiberg am 08.09.2007

von unserem Redaktionsmitglied
Ruth Fritzsche

Zur Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Freiberg am 09. Juni 2007 in Flöha fassten die Mitglieder den Beschluss, Ortsverbände in den Strukturen der ehemaligen Kreise Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg zu bilden, um z.B. die Delegierten für den am 27. Oktober 2007 zu wählenden Regionalvorstand für die Kreise Döbeln-Freiberg-Mittweida zu wählen.

Der Ortsverband Freiberg hatte sich in weiser Voraussicht bereits am 14. April 2007 gegründet und einen 8-köpfigen Ortsvorstand gewählt, der seit dieser Zeit eine regelmäßige Arbeit geleistet hat.

Dem Ortsverband oblag es nunmehr in einer Gesamtmitgliederversammlung am 08.09.2007 den Anteil seiner Delegierten für die Wahl des Regionalvorstandes Mittelsachsen zu wählen.

Es wurden 14 Delegierte quotiert gewählt. Das sind folgende Genossinnen und Genossen:

Dieter Ahlbrecht, Bärbel Bicher, Uwe Fankhänel, Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Regi-

na Humpisch, Brigitte Hübler, Isolde Jezek, Johannes Kretzer, Kornelia Metzger, Thomas Mittelstädt, Jana Pinka, Rainer Sennewald, Albrecht Tolke.

Als Nachfolger wurden bestimmt: Werner Krumpfert, Marlies Papke, Ute Rehnert, Brigitte Sontowski, Christian Walter und Gunter Weber.

Diese Mitgliederversammlung wurde natürlich auch seitens des Ortsvorstandes und der kom-



Der Vorsitzende des Ortsvorstandes Freiberg der LINKEN., Johannes Gyarmati

munalen Mandatsträger genutzt, über inhaltliche Fragen zu informieren und in der Diskussion darüber zu sprechen.

Genosse Johannes Gyarmati informierte über

bisherige und weiterhin in Angriff zu nehmende Aktivitäten seitens des Ortsvorstandes.

Genossin Ruth Kretzer-Braun verwies in ihrem Beitrag auf Festlegungen aus dem Kommunalwahlprogramm der Stadtfraktion aus dem Jahre 2004, in dem der Erhalt der Städtischen Wohnungsgesellschaft (SWG) einen besonderen Stellenwert hat. An Beispielen, wie sich die Fraktion eingesetzt hat, legte sie ihre Gedanken dar. Genossin Ditte Koch, die sich auf dem Gebiet des Denkmalschutzes genau auskennt, welcher bei der SWG Freiberg keine untergeordnete Rolle spielt, bot der Stadtratsfraktion Freiberg ihre Hilfe und Unterstützung an.

Genosse Johannes Kretzer informierte als Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion über die mit der Krise der sächsischen Landesbank und der bevorstehenden Kreisgebietsreform im Kreis auftretenden Fragen und Probleme. Er konnte darauf verweisen, dass alle Maßnahmen, die von den sich zusammenschließenden Kreisen in Angriff genommen werden gegenwärtig auf keiner gesetzlichen Grundlage basieren. Aber: Auf Grund der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Sächsischen Landtag wird sie nicht zu verhindern sein.

Bei der zu erwartenden erheblichen flächenmäßigen Ausdehnung der neuen Kreise ist es deshalb Anliegen unserer Fraktion im Kreistag, bürgerfreundliche Wege zu den einzelnen Ämtern (nicht mehr als 20 km) durchzusetzen. Unser Anliegen muss es auch sein, den Beschäftigten in den Kreisen ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es ganz besonders erforderlich ist, abendliche Zusammenkünfte außerhalb der Zusammenkünfte in den Basisorganisationen zu organisieren. Das wünschen sich vor allem Genossinnen und Genossen aus den Gemeinden, die dazu noch in einem Arbeitsverhältnis stehen. Für sie ist es ganz besonders wichtig, an der Politik der Partei teilzunehmen.

Mitgliederversammlung in Gehringwalde

Mag es am tristen Wetter gelegen haben, an der um sich greifenden Erkältungswelle durch die vorher gehenden nasskalten Tage oder dem Umstand, dass rund um das Versammlungslokal, in dem wir uns immer monatlich treffen, gerade die Straße grundhaft ausgebaut wurde?

Es waren jedenfalls gerade zu dieser Versammlung weniger Teilnehmer erschienen als für Gehringwalde sonst üblich. Eigentlich schade, aber nicht zu ändern. Zumal außer der Wahl der Delegierten noch Kommunales, Jugend und das nicht zu vermeidende Sonstige mit Informationen, Terminen und Aufgabenteilung auf der Tagesordnung standen.

(Fortsetzung auf Seite -10 -)

Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbundes

Die parlamentarische Landschaft in den Kreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida wird entscheidend von den Ergebnissen der Kommunalwahlen (zu den Kreistagen, den Gemeinderäten und den Ortschaftsräten) vom 13. Juni 2004 geprägt. In unserer schnelllebigen Zeit geraten solche Ergebnisse schnell wieder in Vergessenheit, deshalb haben wir die wichtigsten von ihnen in den Tabellen 2 und 3 dokumentiert.

Diese Wahlergebnisse von 2004 erscheinen in einem besonderen Licht, da mit aller Wahrscheinlichkeit bereits am 08. Juni 2008 Wahlen zu den neuen Kreistagen der zukünftigen Großkreise stattfinden werden. Außerdem werden nach Lage der Dinge die neuen Landräte und Bürgermeister gewählt, deren Legislatur abgelaufen ist.

Der Zuschnitt der Wahlkreise und damit auch die Anzahl der Kandidaten und der in den neuen Kreistag gewählten Kreisräte wird sich stark reduzieren. Im Gespräch (noch nicht bestätigt) sind nur noch drei Wahlkreise im jetzigen Landkreis Döbeln, sechs im Landkreis Freiberg und fünf im Landkreis Mittweida. Das würde bedeuten, den insgesamt 29 Wahlkreisen von 2004 stehen im kommenden Jahr nur noch 14 gegenüber, mehr als eine Halbierung. Die Stärke des neuen Kreis-

- Kreistag Döbeln: Heiko Hilger
- Kreistag Freiberg: Johannes Kretzer
- Kreistag Mittweida: Jens Stahlmann

Da es die Fraktionen der LINKEN generell schwer haben, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, sollte der Dialog mit dem Wähler auch über das Internet gesucht werden. Dabei fällt folgendes ins Auge.

- Die Kreistagsfraktion Döbeln präsentiert sich über die Internet-Präsenz des Kreisverbandes der LINKEN (erreichbar über die Webseite des Landesverbandes Sachsen. Leider sind die Wortmeldungen der Fraktion hoffnungslos veraltet. Die „aktuellsten“ Informationen datieren vom August 2004.
- Bei der Webseite der Fraktion der LINKEN im Kreistag Freiberg: völlige Fehlanzeige. Es gibt sie nicht! Ein Kommentar scheint überflüssig.
- Die Fraktion der LINKEN im Kreistag Mittweida kann zumindest mit aktuellen Terminen (Sitzungen der Fraktion, Beratungen der Ausschüsse, Öffnungszeiten des Bürgerbüros) aufwarten. Aber weitere Informationen sucht man leider auch vergebens.

nicht nur mit Terminen, sondern vor allem inhaltlich.

Kommunale Stippvisite der „Linksworte“ im Landkreis Döbeln

Der Landkreis Döbeln zeichnet sich durch eine Besonderheit aus: er ist der einzige Landkreis in Sachsen, der alle Kreisgebietsreformen unbeschadet überstand und seine territoriale Eigenständigkeit bewahrte. Damit dürfte jetzt Schluss sein.

Im Landkreis leben fast 72.000 Einwohner in insgesamt 13 Gemeinden. Kreisstadt ist Döbeln mit etwa 21.000 Einwohnern. Alle anderen Städte und Gemeinden haben weniger als 10.000 Einwohner. Die Fläche beträgt 424 km².

Die 50 Sitze im Kreistag verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien: CDU 27 Sitze (damit absolute Mehrheit); LINKE 12 Sitze; SPD 7 Sitze und FDP 4 Sitze.

Zu aktuellen Aspekten linker Kommunalpolitik im Kreis Döbeln sprachen die „Linksworte“ mit zwei „Multifunktionären“. Wir stellen sie kurz vor:

Rolf Heinitz ist amtierender Kreisvorsitzender der LINKEN und Kreisrat.

Volkmar Richter ist Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN, Kreisrat und Geschäftsführer der Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Kreistagswahlen vom 13. Juni 2004 in den Kreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida

Landkreis	Wahlberechtigte	Anzahl der Wahlkreise	Stimmenanteil PDS
Döbeln	62.087	7	24,6 %
Freiberg	121.625	13	19,1 %
Mittweida	110.945	9	19,6 %

tages ist noch nicht entschieden.

Aus der Tabelle 3 auf der folgenden Seite ist die kommunalpolitische Verankerung der drei Kreisverbände zu entnehmen. Dabei ist offensichtlich, dass DIE LINKE doch über ein beachtliches Potenzial an engagierten kommunalen Vertretern verfügt. An dieser Stelle wollen wir nur auf die Fraktionen in den Kreistagen eingehen. Sie werden von folgenden Abgeordneten geführt:

Was deutlich wird: auf diesem Gebiet gibt es deutlichen Nachholbedarf. Neben dem geschriebenen Wort rückt das Internet als wichtiges Mittel der Öffentlichkeitsarbeit mehr und mehr in den Mittelpunkt. Der neue regionale Vorstand sollte es sich auf seine Fahnen schreiben, in Vorbereitung auf die Kreistagswahlen schnellstens dafür zu sorgen, dass sich der Regionalverbund (später Kreisverband) und die drei Fraktionen einheitlich im Internet präsentieren,



Unser Gesprächspartner in Döbeln: der amtierende Kreisvorsitzende Rolf Heinitz. Der Chef der DWVG, Volkmar Richter, war zum Fototermin leider nicht abkömmlich

Unser Gespräch drehte sich zunächst um die Arbeit im Kreistag. Dort ist die LINKE mit insgesamt 12

Die parlamentarische Vertretung der LINKEN im Bereich des zukünftigen Regionalverbundes

Kreisräten vertreten. Heinitz und Richter sind zwei von ihnen. Volkmar Richter ist außerdem stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied der Koordinierungsgruppe der drei Kreistage zur Vorbereitung der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform. Dort habe man bisher im wesentlichen die „einfacheren Fragen, wie zum Beispiel die Angleichung der IT-Systeme und Computerprogramme, beraten. Die dicken Bretter, die auf dem Wege zu einer einheitlichen Kreisverwaltung zu bohren sind, warten noch auf uns.“

Ansonsten, so Heinitz, sei es wie überall in den Kreistagen. Ob PDS, Linkspartei.PDS oder LINKE, ihre Anträge werden abgeschmettert, besonders verständlich bei einer absoluten Mehrheit der CDU im Kreistag Döbeln. Dennoch könne man sich auf die Fahnen schreiben, dass zwei Anträge, beide gestellt am 20. März des vergangenen Jahres, durchgegangen sind. Es handelte sich dabei einmal darum, dem drohenden Ärztemangel im ambulanten und stationären Bereich zu begegnen, zum zweiten um die Unterstützung der Kommunen bei der Abwehr von Belastungen im Ergebnis von Hartz IV.

Das für die LINKE in Döbeln im Augenblick brisanteste Problem entwickelt sich allerdings in der Kreisstadt und betrifft Volkmar Richter als Chef der Wohnungsgesellschaft ganz persönlich. Es geht um den Verkauf seines Unternehmens, ein kleines WoBa Dresden in Döbeln gewissermaßen.

Tabelle 3: Einige Fakten zur kommunalpolitischen Verankerung der LINKEN in den Parlamenten der Kreise Döbeln, Freiberg und Mittweida

Landkreis	Stärke der Fraktion der LINKEN im Kreistag	Anzahl der Städte und Gemeinden mit Abgeordneten der LINKEN	Gesamtzahl der Abgeordneten der LINKEN im Kreis
Döbeln	12 (davon 4 Frauen)	8	39
Freiberg	11 (davon 4 Frauen)	18	44
Mittweida	12 (davon 3 Frauen)	17	66

Dabei hat die LINKE schon einiges getan. Im April hatte man eine Podiumsdiskussion mit Renè Fröhlich vom Landesvorstand organisiert, am 20. September kommt man in der Kreistagsfraktion zusammen. Aber Volkmar Richter ist auch bekannt,

dass sich auch die Befürworter eines Verkaufs formieren und sich im Vorfeld der Stadtratssitzung vom mit der Vorbereitung des Bieterverfahrens beauftragten Rechtsanwaltsbüro informieren lassen - und sie verfügen über die klare Mehrheit im 30-köpfigen Döbeler Stadtrat.

Was läuft da? Die DWVG hat aus rund 11 Mio € Altschulden und aus dem Sanierungsaufwand der letzten Jahre eine Schuldensumme von 53,8 Mio € angehäuft. Die Banken wollen nach einer ersten Umschuldungsrunde nach dem Hochwasser 2002 jetzt in einer zweiten Runde endlich an ihr Geld. Über ein Rechtsanwaltsbüro soll, bestätigt durch den Stadtrat, ein Bieterverfahren zum Verkauf der DWVG angekurbelt werden. Die Entscheidung dazu steht unmittelbar bevor und soll am 25. September im Stadtrat fallen.

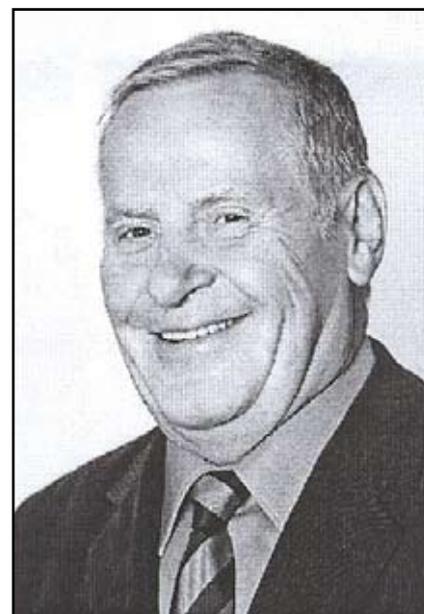
Über den weiteren Gang der Dinge war ein gewisser Widerspruch in den Auffassungen von Rolf Heinitz und Volkmar Richter nicht zu überhören. Während Heinitz noch immer auf ein Bürgerbegehren hofft und sich in diesem Zusammenhang auch Hilfe suchend an Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden der LINKEN in Freiberg und Mittweida gewandt hat, sieht Richter die Felle davonschwimmen. „Alles, was von uns bisher zur Verhinderung eines Verkaufs der DWVG getan wurde, hat eine solch geringe Resonanz bei den Bürgern und leider auch bei den Mietern gefunden, dass ich die Idee, ein Bürgerbegehren auf die Tagesordnung zu setzen, schlicht-

weg für sinnlos halte. Wir haben keine echte Chance mehr“. Viel mehr sollte man sich darauf konzentrieren, für die Mieter bei einem Verkauf möglichst günstige soziale Bedingungen auszuhandeln und durchzusetzen.

Bisky kommt nach Döbeln

Er spricht am Montag, 24. September, 19:00 Uhr, im Volkshaus Döbeln, Burgstraße 4

Der Parteivorsitzende der LINKEN, Lothar Bisky, spricht darüber, was die Linken in diesem Lande wollen.



Die LINKE. fordert!

Was kommunal ist, muss auch kommunal bleiben!

Wohnungsgesellschaften und Stadtwerke dürfen nicht privatisiert werden - denn dann steigen die Mieten und Tarife, die Leistungen für die Bürger nehmen ab.

Der Kreisverband der LINKEN in Döbeln ruft die Bürger des Kreises und aus Freiberg und Mittweida zur Teilnahme an dieser Veranstaltung auf.

Gebot des Tages - gemeinsam gegen den rechten Extremismus

Rechtsextremismus

Im Landkreis Mittweida zeigt er seine hässlichste Fratze

Die Gefahr ist allgegenwärtig. Unsere Leser haben sicherlich die Ereignisse in Mittweida verfolgt. Unser Redaktionsmitglied Lothar Pötzsch blickt in seinem folgenden Beitrag tiefer.

Leider gibt es Menschen, die der rechtsextremen und nazistischen Ideologie noch immer anhängen.

Über Übergriffe von Rechts müssen wir viel hören und lesen. Nur ein paar Beispiele ganz aus unserer Nähe seien genannt.

19.04.2007 - Mittweida

Rassistischer Übergriff auf Kameruner und dessen Ehefrau in Mittweida. In den Abendstunden des 19. April beleidigten

Neonazis aufgreifen, Personalien feststellen und sie festnehmen. Es handelt sich um zwei Frauen und vier Männer im Alter von 18 bis 20 Jahren, die zum Teil einschlägig bekannt sind. Einer der Angreifer ist der für zahlreiche Überfälle im Landkreis Mittweida verantwortliche Tom W. - Rädelsführer der mittlerweile von Innenminister Buttolo verbotenen Kameradschaft Sturm 34.

24.08.2007 - Geringswalde

Zivilbeamte der Chemnitzer Kriminalpolizei stellen in der Nacht in Geringswalde neun Personen fest, die mit PKW im Stadtgebiet unterwegs sind. Bei der Fahrzeugkontrolle stellt sich heraus, dass von diesen neun Personen fünf der verbotenen Gruppierung „Sturm 34“ angehören. Es handelte sich um eine Frau (19) und vier Männer (17, 19, 2 x 20). Die Frau und drei der Männer werden in Gewahrsam genommen. Der 17-jährige Jugendliche wurde an seine Mutter übergeben.



und bedrohten mindestens sechs Rechtsextremisten auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums in der Leisniger Straße in Mittweida den 39jährigen Kameruner Herr N. und dessen Ehefrau, die nach ihrem Einkauf auf dem Weg zu ihrem PKW waren. Sie drohten ihnen Schläge an und beschimpften sie lautstark mit rassistischen Parolen. M. und seine Frau konnten sich zwar noch in ihren PKW flüchten, wurden jedoch von mindestens einem der Täter massiv daran gehindert wegzufahren. Dabei zeigte er den so genannten Hitlergruß. Die anderen standen um den PKW herum und riefen weiterhin rassistische und ausländerfeindliche Parolen. Die Polizei, die informiert wurde, war wenige Minuten später vor Ort und konnte sechs

Am Freitag erfolgt die Entlassung aus der Gewahrsam.

Quelle: Polizei Sachsen

20.08.2007 - Burgstädt

Unbekannte verbiegen die Zufahrtsschranke des Parkplatzes aus Richtung Lindenstraße. Der Schaden wird auf rund 3000 Euro geschätzt. Ein neben dem Markteingang aufgestellter Schaukasten wird ebenso mit Eddingstiften beschmiert sowie die Abdeckplane eines Imbissstandes und eine Werbetafel (Schaden: ca. 50 Euro). Mehrere Hakenkreuze schmieren die Täter auf einen anderen Imbissstand.

Quelle: Polizei Sachsen

30.07.2007 - Rochlitz

In Nähe des Topmarktes kommt es gegen 19 Uhr zu Auseinandersetzungen zwischen „jungen Männern, die dem linken beziehungsweise dem rechten Spektrum zuzuordnen sind“, wie die Freie Presse berichtet. Zwei 19-Jährige seien an Nase bzw. im Gesicht verletzt worden. Die Polizei beendete die Auseinandersetzungen. Laut Polizei sollen zudem 15 linksorientierte Jugendliche versucht haben, in ein Wohnhaus am Topmarkt zu gelangen. Es wurden Platzverweise und Anzeigen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung ausgesprochen. Der Leiter des Polizeireviers in Rochlitz spricht von eindeutig politisch motivierter Gewalt und fügt hinzu, dass durch die Inhaftierung einiger Anführer der rechtsextremistischen und verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“ linke Gruppierungen „etwas Oberwasser“ bekämen. Bestätigt wird allerdings von ihm ebenfalls, dass der „Sturm 34“ noch immer unterschwellig aktiv sei. Quelle: Freie Presse

27.07.2007 - Frankenberg

In der Nacht wird auf dem Parkplatz des Kaufland ein Asia-Imbisswagen in Brand gesteckt. Die Feuerwehr muss aus dem brennenden Wagen drei Gasflaschen herausholen. In der gleichen Nacht wird versucht in der Pizzeria in der Chemnitzer Straße ebenfalls Feuer zu legen, was misslingt. Die Polizei sieht in beiden Taten einen wahrscheinlichen Zusammenhang.

Quelle: Freie Presse/ Kooperationspartner

20./21.07.2007 - Frankenberg

Die Scheiben der Pizzeria in der Chemnitzer Straße werden von Unbekannten, mutmaßlich Rechten, eingeschlagen.

Quelle: Freie Presse/ Kooperationspartner

12.07.2007 - Mittweida

Am Donnerstagabend werden gegen 21.00 Uhr auf dem Parkplatz eines Einkaufsmarktes an der Weberstraße von der Polizei gegen 9 Personen im Alter von 19 bis 26 Jahren, darunter vier Frauen, Platzverweis ausgesprochen. Gegen drei Männer im Alter von 19, 20 und 22 Jahren, die der verbotenen rechtsextremistischen „Kameradschaft Sturm 34“ angehören, wurde Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz erstattet.

Quelle: Polizei Sachsen

10.07.2007 - Mittweida

Am Abend des Treffens „Bündnis für Menschenwürde- gegen Rechtsextremismus im Landkreis Mittweida“ rufen Neonazis auf dem Tschirnerplatz rechtsradikale Parolen. Die Polizei verweist 5 Unruhestifter des Platzes und nimmt einen 15-jährigen, gegen den eine

Gebot des Tages - gemeinsam gegen den rechten Extremismus

Anzeige vorlag, mit aufs Revier, da er einen Schlagring bei sich trägt.

Quelle: Freie Presse

Es gibt noch mehr solcher und ähnlicher Meldungen. Und die haben ihren Grund.



Die Kreisvorsitzende von Mittweida, Petra Steidten. Auch die Glasscheiben der Geschäftsstelle gingen im Ergebnis von Übergriffen des schwarzen Mobs mehrfach zu Bruch

Angesichts dieser Situation ist es besonders wichtig, sich für die Schaffung eines sozialen Zusammenhaltes innerhalb der Kommunen einzusetzen. Der Ausbau und die Stärkung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Strukturen, die stark genug sind, sich den rechts-extremen Hegemoniebestrebungen entgegenzustellen, ist unbedingt erforderlich. Je länger die Kommunen es versäumen, sich mit recht-extremen Erscheinungen auseinander zu setzen, desto gravierender werden die Probleme.

Ansatzpunkte für ein entschiedenes Auftreten gegen Rechts gibt es überall. Einer ist die Schule. Politische Bildung muss bereits da beginnen. Eine parteipolitische Unabhängigkeit des Bildungssystems darf nicht mit Ideologiefreiheit gleichgesetzt werden. Die Vermittlung der Werte des Humanismus, der ja auch Ideologie, also Weltanschauung ist, muss oberstes Bildungsziel sein. Eine heranwachsende Generation, die zum Streben nach Humanität, nach Freiheit, Toleranz und Respekt vor anderen Menschen erzogen wird, dürfte in weit höherem Maße resistent gegenüber der Naziideologie sein.

Darüber hinaus brauchen wir ein System von selbstverwalteten Freizeiteinrichtungen für unsere Kinder und Jugendlichen, die sie einerseits von der Straße holen und ihnen andererseits die Möglichkeit bieten, in Eigeninitiative ihre Freizeit zu gestalten. Sie befähigen, im Umgang miteinander Akzeptanz und Toleranz zu leben und zu erleben und Demokratie selbst zu gestalten. An dieser Stelle sind Staat und Kommunen gefordert, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen.

Wir brauchen aber auch den täglichen Mut, fremdenfeindliche und antisemitische

Äußerungen nicht mehr zu überhören oder zu ignorieren. Dazu müssen aber die Menschen wissen, an wen sie sich wenden können, wie das überhaupt zu erkennen ist und wie sie sich verhalten sollen. Wir in Geringswalde werden es tun. Zu erst mit Vereinsvorsitzenden, Geschäftsführern der ansässigen Firmen, mit Händlern, Gewerbetreibenden und den Mitgliedern des Stadtrates unter Einbeziehung des sächsischen Netzwerkes gegen Rechts. Dann wird das Schritt für Schritt fortgesetzt. Wir brauchen die Fähigkeit, die Menschenfeindlichkeit in den Bestrebungen der Nazis, die oft geschickt hinter der Formulierung sozialer Forderungen, welche allgemeine Zustimmung finden, versteckt sind, immer wieder aufzudecken und den Menschen vor Augen zu führen. Dazu müssen wir uns intensiver mit ihren Programmen und Argumentationen auseinandersetzen.

Der Mügeln Bürgermeister hat kürzlich in einem Interview geäußert, er wäre stolz, ein Deutscher zu sein.

Ein Deutschland, das mich stolz machen könnte, wäre weltoffen, tolerant und friedlich. In ihm säßen keine Nazis in den Parlamenten, weil es sich der Verantwortung bewusst wäre, die es aufgrund seiner Geschichte gegenüber der Welt hat.

In ihm wären Naziaufmärsche genau so wenig möglich, wie der Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei gegen Teilnehmer einer Sitzblockade, welche die Nazis stoppen wollen. Und auch nicht die Jagd auf Menschen, unabhängig davon, ob sie nun aus Indien, oder aus Angola kommen oder einfach nur weil andersdenkende Jugendliche von Solid aus Geringswalde sind.

Treffen der LINKEN. und weiterer linker Kräfte zur rechten Gefahr mit der Oberbürgermeisterin in Freiberg initiiert!

von Albrecht Tolke, Freiberg

Ereignisse wie in Mügeln zum Stadtfest erschrecken und lassen die Aufmerksamkeit wachsen, Hinweisen nachzugehen, die in der eigenen Umgebung vom braunen Geist künden. Macht man nun die Augen weiter auf, bemerkt man, dass auch im eigenen Umfeld der braune Geist umgeht. Hinweise darauf, wie Schmierereien von Nazisymbolen, offen zur Schau gestellte Kleidung mit Aufschriften und Symbolen der rechten Szene. Den letzten Anstoß, etwas dagegen zu tun, gaben Naziplakate an Freiburger Litfasssäulen kurz nach dem Geschehen in Mügeln.

Überlegungen zum Umgang mit der Situation führten zur Kontaktaufnahme mit der Stadtverwaltung Freiberg, um das bestehende Bündnis gegen Rechtsextremismus wieder zu aktivieren, das schon vor Jahren, nach den Vorkommnissen in der Sächsischen Schweiz,

auch im Kreis Freiberg auf den Weg gebracht wurde.

Der Trend zu rechtsradikalen Gesinnungen erwächst zum großen Teil aus der sozialen Notlage großer Teile der Bevölkerung und der Schuldzuweisung dafür an andere Menschen,

sowie durch den Trend der Konfliktlösung mittels Gewalt im privaten und im internationalen Maßstab durch Politik und Medien, um von der eigenen Verantwortung für diese Entwicklung abzulenken.

Für Freiberg, das zumindest jetzt für längere Zeit von gewalttätigen Auseinandersetzungen verschont blieb, ergibt sich die Frage, wie durch „vorbeugende“ Maßnahmen die Sensibilität der Bevölkerung für dieses Problem geweckt werden kann. Wie können Toleranz und Verständnis zu Menschen mit anderer Herkunft, mit anderer Weltanschauung, mit Behinderungen oder in sozialer Notlage und deren gute Integration in die Bevölkerung geweckt und gefördert werden. Für Freiberg ist es besonders wichtig, ein gutes Verhältnis mit Mitmenschen ausländischer Herkunft zu pflegen. Die Technische Universität Bergakademie Freiberg hat einen guten internationalen Ruf, dem viele Studenten aus ganz Deutschland und aus aller Welt folgten um hier zu studieren. Aber auch Händler, Gastronomen viele andere



Initiator und Organisator des Treffens: Der Autor dieses Beitrags, Dr. Albrecht Tolke

Mitmenschen bringen ihre Erfahrungen und kulturellen Leistungen in das Leben der Stadt ein. Das sollte unterstützt und durch gemeinsame Veranstaltungen gefördert werden.

Aus der Kontaktaufnahme zwischen dem Ortsverbandsvorstand der Linken und der Stadtverwaltung in Freiberg resultiert die Ansetzung einer Gesprächsrunde mit der Freiburger Oberbürgermeisterin Dr. Uta Rensch, an der neben Mitgliedern des Ortsverbandsvorstandes sowie des Kreisvorstandes Freiberg der LINKEN. auch Mitglieder der Freiburger Gruppe der VVN-BdA und des Arbeitskreises Ausländer und Asyl teilnehmen werden. Das Treffen wurde für den 18. September 2007 vereinbart. Über die Ergebnisse der Besprechung und die Projekte der angestrebten Zusammenarbeit werden auch die „Linksworte“ in ihrer nächsten Ausgabe berichten.

Basisorganisation der Linken ehrt aufrechten Kommunisten

Niederwiesa. Am 21. September jährt sich der Geburtstag des unbeugsamen Antifaschisten Arthur Emmerlich zum 100. Mal. Aus diesem Anlass findet um 17:00 Uhr an seinem Geburtshaus Eubaer Straße 29 eine Ehrung statt, zu der die Basisgruppe Niederwiesa der LINKEN alle Niederwieser Bürger herzlich einlädt. Arthur Emmerlich fand früh den Weg in die Arbeiterbewegung. Er schloss sich der KPD an und arbeitete im Zentralkomitee des Jugendverbandes und in der Redaktion der Zeitung „Junge Garde“. Mit der Macht ergreifung des Faschismus wurde Emmerlich in die Illegalität gezwungen. Von 1934 bis 1937 arbeitete er bei der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Im Moskau heiratete er seine Marija, übernahm aber 1937 wieder illegale Arbeit in



Ein Bild aus den wenigen wirklich glücklichen Tagen im Leben von Arthur Emmerlich - zusammen mit seiner Frau Marija 1936 in Moskau (der Redaktion zur Verfügung gestellt von unseren Genossen aus Niederwiesa)

Deutschland. Er erarbeitete Flugschriften und -blätter gegen den drohenden Krieg und organisierte Treffen geheimer Widerstandsgruppen, vor allem in Berlin. Arthur Emmerlich arbeitete in dieser Zeit insgesamt 21 Monate illegal in Deutschland. Am 24. Mai 1941 wurde er verhaftet und nach Verurteilung zum Tode am 21. Mai 1942 in Berlin hingerichtet. Arthur Emmerlich wurde nur 34 Jahre alt. Arthur Emmerlichs Name gehört in die Reihe der standhaften deutschen Antifaschisten. Eine Straße in Niederwiesa trägt heute seinen Namen, die 1974 erbaute und einst nach ihm benannte Mittelschule in Flöha leider nicht mehr. (hw)

... dass nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint.

Gedanken von Michael Matthes

Dass nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint und dass nie wieder eine Frau um ihren Liebsten trauert, war den Menschen nach dem Ende des verbrecherischsten und grausamsten aller Kriege in die Herzen geschrieben. Selbst mir – der ich damals gerade mal drei Jahre alt war – ist dies fester Bestandteil meiner Lebensauffassung geworden. Schließlich war mein Vater, der in Italien nichts zu suchen hatte, mit dem von ihm gesteuerten Flugzeug brennend ins Mittelmeer gestürzt. Das Schicksal des Piloten, der das Flugzeug meines Vaters abgeschossen hat, ist mir unbekannt. Ich will hoffen, dass er das Inferno überlebt hat.

Und ein Weiteres hatten sich die Menschen in Deutschland geschworen. Denen, die wieder ein Gewehr anfassen, solle die Hand abfaulen. Alles vergessen von Leuten wie STRUCK, die Deutschland am Hindukusch verteidigen wollen und dafür deutsche Männer und inzwischen auch Frauen der Gefahr umzukommen aussetzen. Kaum vorstellbar, dass all dies von den Sozialdemokraten und den Grünen beschlossen und von der „Christlich“ Demokratischen Partei mit Beifall bedacht wurde.

Und ihre Argumente klingen wieder so wie damals: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Das afghanische Volk braucht sicher solidarische Hilfe, aber keine deutschen Soldaten und keine deutschen TORNADOS. Es muss also etwas anderes sein, weshalb deutsche Kanzler und die erste Kanzlerin ihre Mitbürger in Gefahr bringen. Der Kenner der islamischen Welt SCHOLL-LATOURE hat kürzlich in der ZEIT geschrieben: „Es geht uns nichts an, wer Afghanistan regiert!“ Wir sind über die NATO mit dem US-Kapital verkuppelt, das durch die ganze Welt auf der Jagd nach Profit zieht. „... 300 Prozent Profit und es gibt kein Verbrechen ...“ – das ist der wahre Grund.

Die Verantwortlichen dieses Landes geben vor, den Terrorismus von Deutschland abzuwehren. Und, wie bestellt, werden vor den kommenden Abstimmungen im Parlament über die Fortführung der Auslandseinsätze in Deutschland geplante Terroranschläge vermutlich unter Mithilfe der US-Geheimdienste aufgedeckt. Der Überfall auf den Sender Gleiwitz und der Zwischenfall von Tonking stammen aus derselben Hexenküche.

Auch sächsische „Volksvertreter“ der CDU und der SPD haben für die Auslandseinsätze gestimmt. In meinem Namen bestimmt nicht. In Eurem etwa?

(Fortsetzung von Seite - 5 -)

Gerade auf Kommunales legen wir viel Wert weil wir einen Bürgermeister haben, der unserer Partei angehört und auch regelmäßig da ist. Hier erfahren die Mitglieder aus erster Hand Zusammenhänge, das Warum und Wieso und die enge Zusammenarbeit mit unserer Fraktion im Stadtrat ist ein unverzichtbares Muss.

Unsere stärkste Waffe in der Öffentlichkeitsarbeit ist unsere Mundpropaganda. Deshalb müssen die Mitglieder informiert sein und auch ein älterer Mensch kann mit Bekannten, Nachbarn oder im Verein, in dem er integriert ist, mal davon absehen in erster Linie seine gesundheitlichen Probleme zu beklagen, sondern auch genau solche Informationen weiter zu geben.

Selbstverständlich wurden die Mitglieder über Sinn und Zweck dieser Delegiertenkonferenz informiert. Über den Stand der Arbeitsgruppe, die den Zusammenschluss der Kreise zu einem Regionalverband vorbereitet, wer von uns in dem Regionalvorstand mitarbeiten sollte, wie Dinge geregelt werden, die in den jetzigen Kreisen nun doch noch unterschiedlich laufen bis hin zu der Frage, ob wir uns nicht mit einer Basis außerhalb unserer jetzigen Kreisgrenzen zusammen tun könnten.

Zur Delegiertenwahl haben wir mehr Delegierte gewählt, als uns nach der Nomenklatur zustehen. Einfach aus dem Gedanken heraus, dass bis Ende Oktober jemand ausfallen könnte und auf Basis- sowie eventuell auch auf Kreisebene ersetzt werden kann. Und alle, die diese Wahl der Delegierten noch vor sich haben, sollten dies auch tun.

Also wurden nicht nur drei, sondern fünf Kandidaten auf die vorbereiteten Stimmzettel gesetzt mit der vorher beschlossenen Option, dass die Drei mit den meisten Stimmen als Delegierte gewählt sind und die anderen sich diesen 27.10.2007 für die Delegiertenkonferenz in Mittweida offen halten, falls sie einspringen müssen. Entscheidend ist, dass wir uns in den neuen Regionalverband einbringen wollen. Wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, dass etwas Gescheites dabei rauskommt, das wir in den jetzt noch bestehenden Kreisen vernünftig, überlegt und mit Zuversicht auf die Ziele die wir vor uns haben, für die wir eigentlich da sind und für die so viele schon durch gehalten haben, erreichen. Mit starken Fraktionen im Kreistag und in den Stadt- und Gemeinderäten.

Unsere Delegiertenkonferenz zur Bildung des Regionalverbandes wird so denke ich, dazu ein Antrieb sein. (LoP)

Man glaubt gar nicht, wie schwer es oft ist, eine Tat in einen Gedanken umzusetzen.

Karl Kraus

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Von Christine Buchholz

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich mit dem Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) und Tornados an dem Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinätze, denn ihre Bilanz ist verheerend.

1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten. Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.

Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen.

Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden. Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf

Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Paul Hentschel	16.09.1916	Flöha
Anna Giebel	17.09.1917	Flöha
Flora Wach	17.09.1917	Obergruna
Wildrun Küchenmeister	21.09.1925	Freiberg
Werner Busch	21.09.1931	Waldheim
Kurt Konrad	22.09.1925	Hartha
Gottfried Börner	23.09.1937	Brand-Erbisdorf
Elfriede Baran	24.09.1928	Leisnig
Edelgard Engler	26.09.1919	Halsbrücke
Gerhard Lässig	26.09.1942	Waldheim
Irene Thiele	28.09.1925	Leisnig
Rosel Weichelt	28.09.1925	Hartha
Harald Oehmichen	30.09.1930	Krummenhennersdorf
Rolf Zellsman	01.10.1942	Döbeln
Fritz Schwarz-Kuhtz	01.10.1922	Freiberg
Manfred Kunze	02.10.1932	Hainichen
Peter Kaczmarek	03.10.1937	Leisnig
Sonnja Zimmer	03.10.1936	Hainichen
Liesbeth Irmscher	04.10.1925	Mittweida
Edith Herrmann	06.10.1922	Freiberg
Horst Jentsch	07.10.1926	Freiberg
Inge Schwarze	08.10.1919	Rochlitz
Heinz Uhlemann	08.10.1930	Brand-Erbisdorf
Karla Börner	09.10.1925	Freiberg
Regina Humpisch	11.10.1947	Obergruna
Paul Zeugner	11.10.1921	Mittweida
Renate Frost	13.10.1932	Tuttendorf
Gertrud Paa	13.10.1928	Rochlitz
Waltraud Schneider	16.10.1928	Flöha
Ruth Bernhard	17.10.1926	Flöha
Walter Merkel	17.10.1922	Waldheim
Inge Gießmann	18.10.1929	Freiberg



und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft.

Deshalb demonstriert DIE LINKE am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin.

Christine Buchholz ist Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE

Zum Nachdenken

Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen.

Ernst Bloch

Im Unglück lernt man sich selbst am besten kennen, weil man nicht mehr durch Freunde abgelenkt wird.

Samuel Johnson

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossen

Robert Janowski aus Flöha

Kurt Waldhans aus Döbeln

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren!

termine

September 2007

- 19.09. 17:30 Uhr Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Flöha zur Wahl der Delegierten zur Regionalkonferenz am 27.10.
- 19.09. 19:00 Uhr Gründung des Ortsverbandes Brand-Erbisdorf einschließlich der Wahl der Delegierten zur Regionalkonferenz am 27.10.
- 20.09. 14:00 Uhr Redaktionsberatung der „LinksWorte“ (öffentlich) Freiberg, Bebelplatz 3
- 22.09. 10:00 Uhr Wahlplenium des Landesvorstandes der LINKEN. in Dresden, Haus der Begegnung, Großenhainer Straße
- 22.09. 09:00 Uhr Gesamtmitgliederversammlung im Kreisverband Mittweida, Gaststätte „Zur alten Brauerei“, Mittweida, Bahnhofstraße
- 24.09. 19:00 Uhr Bürgerforum mit dem Vorsitzenden der LINKEN., Lothar Bisky, Döbeln, „Volkshaus“, Burgstraße
- 24.09. 14:00 Uhr Mittwochs-Cafe - zum Internationalen Tag der SeniorInnen Freiberg, Bebelplatz
- 26.09. 18:00 Uhr Beratung des Runden Tisches Freiberg,
- 26.09. 19:00 Uhr Kreisvorstandssitzung in Döbeln, Kreisgeschäftsstelle
- 27.09. 19:00 Uhr Koordinierungsberatung der Kreisvorstände Döbeln, Freiberg und Mittweida in Freiberg, Bebelplatz

Oktober 2007

- 01.10. 18:00 Uhr Kreisvorstandssitzung in Freiberg, Bebelplatz 3
- 09.10. 17:00 Uhr Beratung des Ortsverbandes Freiberg, Bebelplatz 3
- 10.10. 14:00 Uhr Mittwochs-Cafe - Zur Arbeit der Landtagsfraktion
- 10.10. 17:00 Uhr Kreisvorstandssitzung im Mittweida, Kreisgeschäftsstelle
- 10.10. 18:00 Uhr OBUS - Stammtisch in Mittweida

Vorankündigung

- 27.10. Regionale Delegiertenkonferenz zur Konstituierung der Partei DIE LINKE. im Regionalverbund „Döbeln, Freiberg, Mittweida“; Mittweida, Gaststätte „Schwanenschlösschen“**

„Bundeswehr raus aus Afghanistan“

Unter diesem Motto fand in Berlin eine beachtliche (die Teilnahme hätte dennoch besser sein können) Demo gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes statt. Aus Chemnitz und Freiberg fuhren Sonderbusse nach Berlin. Natürlich waren auch die „LinksWorte“ mit Notizblock und Kamera mit auf Reisen gegangen.

Schon 07:00 Uhr in der Früh ging es los. Dabei waren 27 Menschen. Am späten Vormittag war das Rote Rathaus und der Neptunbrunnen erreicht, in dessen Nähe

die Auftaktveranstaltung stattfand. Dann ging es drei Kilometer zu Fuß „in den Westen“, wo noch einmal eingeheizt wurde.

Im folgenden ein paar fotografische Impressionen von der Demo:



kleine Pause auf dem Weg nach Berlin



Auch Freiberg war auf der Demo vertreten



Vorbei ging es auch am Skelett des ehemaligen Hauses des Volkes, des Palastes der Republik

Nicht ganz so ernst Gemeintes

Mit der Kamera haben wir auch wieder etwas zum Schmunzeln (oder auch nicht) festgehalten, was uns in Berlin am Wege des Demonstrationszuges aufgefallen ist. Da haben wir zunächst zwei etwas finster dreinblickende ältere Herren, die einiges um sie her-



um nicht mehr zu verstehen scheinen - hinter ihnen übrigens die erbärmliche Reste des Palastes der Republik - und dann haben wir die



Nixe vom Neptunbrunnen, die sich scheinbar unsterblich in die LINKE verliebt hat, vorerst jedoch nur in Form eines kleinen roten Ballons